



Weltweites Engagement für verfolgte Christen

Weltweites Engagement für verfolgte Christen
Das "C" ist für uns Programm
Zu einem der zentralen Anliegen unserer menschenrechtspolitischen Arbeit, dem Engagement für verfolgte Christen und dem Einsatz für das Menschenrecht auf Religionsfreiheit, hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Diskussionsrunde mit Experten und den NGOs Open Doors und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte durchgeführt. Dazu erklärt die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erika Steinbach:
"Die CDU/CSU wird auch in Zukunft der politische Ansprechpartner für die Anliegen verfolgter Christen sein. Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit bleibt Schwerpunkt unseres menschenrechtspolitischen Wirkens. Eine Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und der gesamten Zivilgesellschaft ist dabei für uns unerlässlich.
Der jährlich erscheinende Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen christlichen Hilfswerkes Open Doors belegt die dramatische Lage der derzeit rund 100 Millionen aufgrund ihres Glaubens verfolgten Christen.
Die Bilanz unserer menschenrechtspolitischen Arbeit ist beachtlich. Die Öffentlichkeit beginnt sich intensiv mit den Themen Christenverfolgung und Religionsfreiheit auseinanderzusetzen, nicht zuletzt weil unser Fraktionsvorsitzender Volker Kauder persönlich mehrfach Reisen nach Ägypten unternahm und mit den neuen ägyptischen Machthabern offene Gespräche über die Lage der christlichen Minderheit führte. Dafür gilt ihm unser Dank.
Mit der Gründung des Stephanuskreises ist es Ute Granold MdB gelungen, das Thema über alle fachpolitischen Grenzen hinweg in unserer Fraktion inhaltlich und institutionell zu verankern.
Vor dem Hintergrund des Antrages der christlich-liberalen Koalition "Religionsfreiheit weltweit schützen" unterrichtete die Bundesregierung den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe in dieser Legislaturperiode regelmäßig über die Situation religiöser Minderheiten in vielen Teilen der Erde. Die Solidarität mit allen diskriminierten religiösen Minoritäten ist für uns selbstverständlich.
Dabei ist die wissenschaftliche Expertise von Professor Thomas Schirrmacher, des Direktors des Internationalen Institutes für Religionsfreiheit der Evangelischen Allianz, für unser Engagement unentbehrliche Grundlage.
Die unermüdliche Arbeit von Open Doors und der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte ist ein wesentlicher Beitrag, um die Öffentlichkeit für dieses wichtige Thema zu sensibilisieren. Es bedarf der gemeinsamen Anstrengung. Wir werden der Verfolgung von Christen nicht tatenlos zuzuschauen, sondern immer wieder deutlich signalisieren: Wir stehen den Christen in schwierigen Situationen weltweit bei."
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
fraktion@cducsu.de
<http://www.cducsu.de>


Pressekontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Firmenkontakt

CDU/CSU-Fraktion

11011 Berlin

Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSU Wurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.